



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/164 - 17.7.1953

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Parlamentarische Binnenwanderung	S. 1
Überparteiliche britische Außenpolitik	S. 3
Schlussbericht über den BDI	S. 5
Bonn-Spenden für die Bayern-Partei	S. 7

## Die Stabilität der Fraktionen

W.P. Sollen Abgeordnete, die im Wahlkampf ihren Wählern gegenüber doch eine bestimmte politische Haltung und ausserdem das Programm ihrer Partei zu vertreten haben, ihre Fraktion wechseln dürfen? Diese Frage stellt sich bei einer kritischen Betrachtung einer Übersicht über den von Bundestagsabgeordneten im Verlaufe der vergangenen vier Jahre vorgenommenen "politischen Stellungswechsel". Danach habe etwa zehn Prozent der Mitglieder des Bundestages die Fraktion gewechselt. Wenn man die Zusammenschlüsse ganzer Fraktionen hinzurechnet, ergibt sich eine Zahl von vierundachtzig Abgeordneten. Das heisst, dass der Bundestag zu mehr als 1/5 der Gesamtstärke seine Zusammensetzung seit September 1949 verändert hat.

Von neununddreissig Abgeordneten, die als einzelne verschiedenen Fraktionen angehört haben, wechselten acht nur einmal, die übrigen bis zu viermal (man könnte also fast sagen: jährlich) ihren parteipolitischen Standort. Zu dieser Gruppe gehören vor allem die zwölf Abgeordneten der ehemaligen WAV-Fraktion, die 1950-51 völlig zerfiel und die sogenannten "Aussenseiter" unter den Bundestagsabgeordneten, wie z.B. Koeller, der nach seinem Ausschluss aus der DP zunächst bei der DRP hospitierte, dann eine Zeitlang fraktionslos war, und sich vor einigen Monaten der wiedergebildeten WAV anschloss. Dr. Ott, als "Parteiloser" in den Bundestag gewählt, hospitierte erst bei der WAV, schloss sich dann dem

BHE-DG an und verliess diese Gruppe nach eininhalb Jahren, um sich als Gast der DP-DPE/Fraktion zuzugesellen, die ihn nach drei Monaten ausschloss. Seither ist Ott wieder fraktionslos.

Dr. Doris ging ebenfalls auf Wanderung: von der DRP ausgeschlossen, bildete er eine SRP-Gruppe, schloss sich Ende 1950 der WAV an, trat ein Jahr später wieder aus und blieb fraktionslos. Dr. Friedrich, ursprünglich bei der FDP, trat sechs Wochen nach der Wahl aus und schloss sich, allerdings erst Ende 1950, der BHE-DG/Fraktion an. Anfang 1952 trat er wieder aus und kehrte wieder reumütig zur FDP zurück. Ein weiterer "Aussenseiter" ist Dr. Leuchtgens, der als Hospitant der FDP über die hessische Landesliste in den Bundestag kam. Er trat sofort nach der Wahl aus der FDP aus und schloss sich der DRP-Fraktion an. Von dort wanderte er nach einem Jahr zur DP, wo er binnen kurzem hessischer Landesvorsitzender wurde. Einen Abgang hatten auch die Kommunisten, allerdings einen unfreiwilligen: Kurt Müller wurde im Juni 1950 in die Sowjetzone verschleppt und ist seither verschollen.

Dann hat es zwei Zusammenschlüsse ganzer Fraktionen gegeben: Im Dezember 1951 die Vereinigung der Bayern-Partei (13 Abg.) mit dem Zentrum (9 Abg.) und im Januar 1952 den Zusammenschluss der Deutschen Partei (16 Abg.) mit der Deutschen Partei Bayern (unter diesem Namen traten 7 ehemalige WAV-Abgeordnete auf) zur DP-DPE/Fraktion. Diese zerfiel jedoch noch im gleichen Jahre (15.12.1952) wieder, wonach einige ehemalige WAV-Abgeordnete fest bei der DP blieben und andere fraktionslos wurden. Die DP verzeichnet daher einen Zuwachs ihrer Fraktionsstärke. Die FDP verlor in den vier Jahren zwei Abgeordnete (Dr. Friedrich aus Hessen und Langer aus Niedersachsen), sowie ihre Hospitanten Dr. Leuchtgens und Freudenberg. Vom Zentrum trennten sich drei Abgeordnete, von denen einer zur CDU-CSU übertrat, die Bayern-Partei verlor sieben, vier davon schlossen sich der CDU-CSU an.

Bemerkenswert fest blieben nur die beiden grossen Fraktionen der SPD und CDU-CSU. Von der CDU trennten sich zwei Abgeordnete (Dr. Bodensteiner und Hagge), dagegen blieb die SPD-Fraktion vollständig unverändert - bis auf die Abgeordneten, die im Laufe der ersten Legislaturperiode des Bundestages "in den Sielen starben" und ersetzt wurden. Wie man sieht, besteht die grösste politische Unbeständigkeit auf der extremen Rechten. Darin drückt sich nicht nur die bekannte Konzeptionslosigkeit dieser Gruppen, sondern auch die Schwierigkeit aus, ihre wirklichen politischen Ziele bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Bundestages parlamentarisch einzuordnen. Andererseits wird darin der ganze Mangel an Verantwortung gegenüber den Wählern sichtbar, für den es auf dieser Seite des Hauses auch so viele andere Anzeichen gibt.

Überparteiliche Aussenpolitik - ein britisches Phänomen

B.C. London, Mitte Juli

Seit dem Ende des ersten Weltkrieges ist, mit einer einzigen Ausnahme, die britische Aussenpolitik in ihren breiten Grundzügen aus dem Streit der Parteien herausgehoben, so sehr auch diese sich über innenpolitische und wirtschaftliche Fragen in den Haaren liegen mögen. Andere demokratische Staaten haben dasselbe versucht. Die USA unter der Truman-Verwaltung vermochte ihre Version der "bi-partisan foreign policy" zwei, drei Jahre lang aufrechtzuerhalten, bis sie an McCarthy und der "China Lobby" zerbrach. Doch abgesehen von den skandinavischen Staaten (ausser Schweden, wo man sich ständig über die Frage "neutral oder nicht-neutral" streitet) ist die überparteiliche Aussenpolitik ein britisches Phänomen geblieben.

Worauf beruht dieser beachtenswerte Erfolg, der der Stimme Grossbritanniens im Rate der Völker erhöhtes Gewicht und Ansehen verleiht und den britischen Staat zum vertrauenswürdigen Vertragspartner macht, da die Welt weiss, dass im Falle eines Regierungswechsels die britische Politik sich zwar in Nuancen und Einzelheiten ändern mag, nicht aber in ihren fundamentalen Prinzipien und Zielen?

In erster Linie liegt es wohl daran, dass Grossbritannien keine politischen Bewegungen hat, die ihre ideologischen und taktischen Direktiven von ausserhalb seiner Grenzen erhalten. Weder der politische Katholizismus noch der Kommunismus spielen im politischen Leben der Insel eine erwähnenswerte Rolle, ein Ukas des Vatikan oder des Kroml könnte schlimmstenfalls eine Handvoll von Eiferern zu einer Protestaktion veranlassen, die kaum den Trafalgar Square auch nur halb füllen oder mehr als etwa ein Dutzend Leserbriefe in die Korrespondenzspalten der grossen Zeitungen bringen würde.

Von den Pfeilern der Aussenpolitik, über die sich Labour und Tories prinzipiell einig sind, ist der wichtigste der der "kollektiven Sicherheit" zur Erhaltung des Weltfriedens und zur Beilegung internationaler Streitigkeiten durch Verhandlung und Schlichtung. Daraus ergab sich schon vor dem zweiten Weltkrieg Grossbritanniens Unterstützung des Völkerbundgedankens, und als Baldwin und Chamberlain von diesem Wege abwichen, fand sich nicht nur eine grosse Mehrheit der Labour-Opposition (nur der ultrapazifistische Flügel der

Sozialisten hielt zu Chamberlain), sondern auch eine starke Minderheit der Tories, von Churchill geführt, die den Kurs bekämpften, so dass selbst hier die Trennungslinie nicht den Parteigrenzen entsprach. Derselbe Grundsatz der "kollektiven Sicherheit" bildet auch das Fundament der jetzigen britischen Aussenpolitik und erklärt ihr unentwegtes Festhalten an der Struktur der Vereinten Nationen, obwohl sich praktisch jedermann darüber klar ist, dass die UNO einer grundlegenden Reform bedarf, um wirklich ihren Zweck zu erfüllen. Über die brenzliche Frage, wie diese Reform der "United Nations Organisation" auszusehen hat, werden sich, wenn es soweit ist, zweifellos die Geister scheiden, wenn auch voraussichtlich nicht den Parteigrenzen entsprechend.

Aus dem Begriff der "kollektiven Sicherheit" fliesst auch die Bejahung des Bündnisses mit der USA und der Zugehörigkeit zur NATO. Zu beiden Fragenkomplexen gehen die Ansichten über Nuancen und Einzelheiten ziemlich weit auseinander, doch würde es schwer sein, in politischen Kreisen auch nur eine einzige Stimme - abgesehen von einem Häuflein unentwegter Pazifisten - zu finden, die eine völlige Aufgabe dieser beiden Bindungen forderte.

Theoretische Anhänger einer Teilnahme Grossbritanniens an Kleinsuropa gibt es auf beiden Seiten, wenn auch nur wenige, während die überwältigende Mehrheit der Regierung sowohl wie der Opposition sich dahin einig sind, dass ein Beitritt zum Schumanplan und zur EVG aus praktischen und prinzipiellen Gründen nicht wünschenswert ist. Beide Seiten wollen die britische Wirtschaft nicht dem Diktat der französischen Hochfinanz unterwerfen, und Labour will sich darüber hinaus vor allem das Verstaatlichungs- und Planungsrecht über die britische Schwerindustrie vorbehalten.

So kommt es in den grossen aussenpolitischen Debatten im Unterhaus und in den politischen Spalten der Presse regelmässig zu häufig recht scharfen Auseinandersetzungen über Einzelheiten der Aussenpolitik, doch in den wirklich wichtigen, weltbewegenden Fragen kann der Premierminister stets auf die Unterstützung des ganzen Hauses, ja, praktisch der ganzen Nation rechnen. Diese weiss, dass ihr Willö respektiert wird - ob die Verantwortlichen nun Attlee und Morrison oder Churchill und Eden heissen.

Schlusswort zum BDJ

## Professor BERGSTRÄESSER zu abschliessenden Feststellungen des Untersuchungsausschusses

(sp) Um den BDJ, Bund Deutscher Jugend, ist es seit einiger Zeit still geworden. Kurz vor dem Ende der eigentlichen Legislaturperiode des Bundestages beendete der mit dieser Frage befasste Unterausschuss seine Beratungen. In sechs Punkten wurde das Ergebnis zusammengefasst. Sie besagen in ihrem Kern:

- 1.) Der BDJ war mit seinen Nebenorganisationen (z.B. dem Technischen Dienst) weitgehend eine Einheit, auch wenn das einem grossen Teil der einfachen Mitglieder und auch der Geldgeber nicht bekannt war.
- 2.) Die Ausgangspunkte bei der Gründung waren für die meisten Mitglieder wohl idealistischer Natur, vor allem der eines offenen Kampfes gegen den Bolschewismus. Durch die spätere Entwicklung trat aber eine ernste Gefährdung der demokratischen Staatsordnung und eine Störung des inneren Friedens in Deutschland ein.
- 3.) Die führenden Personen des Bundes haben die Organisation zweifellos benutzt, um sich Geldmittel für persönliche Zwecke zu beschaffen.
- 4.) Die zuständigen Behörden haben sich insbesondere auch bei der finanziellen Unterstützung viel zulange über den wahren Charakter des BDJ täuschen lassen.
- 5.) Zu diesen Mißständen hat nicht zuletzt auch die unerfreuliche Beteiligung einer Besatzungsmacht geführt.
- 6.) Nach der Enthüllung des wahren Charakters des BDJ hat es an der notwendigen vertrauensvollen Zusammenarbeit aller verantwortlichen Dienststellen (Bund, Länder, Polizei-, Verfassungsschutz- und Strafverfolgungsbehörden) gefehlt.

+

Professor BERGSTRÄESSER, der Vorsitzende des Unterausschusses, hatte die Freundlichkeit, uns einige Erläuterungen zu diesen Feststellungen zu geben.

Nach dem Zweck der Tarnung befragt, erklärte er: "Offenbar war das Gefühl vorhanden, dass viele Mitglieder und auch vielleicht ein Teil der Geldgeber z.B. die Ausbildung von Partisanen oder die Vorbereitung von Proskriptionslisten nicht billigen würden. Das Wort "ternen" war bei diesen Leuten aber überhaupt grossgeschrieben, natürlich auch gegenüber der breiten Öffentlichkeit. Mit gutem Grunde,

denn der Leiter des ganzen Unternehmens, Dr. Lüth, nannte sich Doktor, ohne es zu sein, und einen Anti-Kommunisten, obwohl er Mitglied einer Ortsgruppe der KP war." Auf die Frage nach dem Grund für die "ernste Gefährdung der demokratischen Staatsordnung und der Störung des inneren Friedens", erklärte Bergstraesser, mit Recht sei hierzu von dem Abgeordneten Dr. Friedensburg (CDU) gesagt worden, dass man aus Erfahrungen lernen solle, Friedensburg habe in diesem Zusammenhang u.a. auch die "Organisation Consul" und ihre <sup>erwähnt</sup> Fememorde/und darauf hingewiesen, dass man nie wisse, welche Blasen aus solchem Sumpf aufsteigen könnten.

Die Frage nach dem Umfang der für persönliche Bedürfnisse abgezweigten Goldmittel führender Funktionäre des Bundes beantwortete Bergstraesser mit dem Hinweis auf die Undurchsichtigkeit der ganzen Anlage des Unternehmens und dessen höchst merkwürdiges "Geschäftsgebaren", die einen absolut genauen Überblick sehr schwer machten. Sicher aber sei, dass es sich um einige hunderttausend D-Mark gehandelt habe.

Weitere Frage: "Kann man künftig eine Beteiligung des Geheimdienstes irgendeiner Besatzungsmacht an so gefährlichen Erscheinungen vermeiden und hat die Regierung - wenn sie schon den Willen dazu haben sollte - auch die Möglichkeit, solche Einmischungen zu unterbinden?" Das sei nach den Texten des EVG-Vertrages bzw. des Generalvertrages nicht ganz klar und müsste sich erst in der Praxis erweisen.

Auf die Frage schliesslich, weshalb sich die Erledigung dieser leidigen Angelegenheit solange hinausgezögert habe, antwortete Professor Bergstraesser: "Das lag nicht am Ausschuss. Der Abgeordnete Euler (FDP) hatte aber den Antrag gestellt, das Bundesministerium des Innern sollte weiteres Material auch von den Ländern einholen, in denen der EDJ nicht verboten worden war. Vier Wochen vergingen ohne Antwort. Erst auf eine sehr dringliche Mahnung des Ausschusses erklärte das Ministerium, man habe sich in der Verfassungs-Abteilung des Ministeriums erst einmal darüber unterhalten, ob man nicht einen Präzedenzfall und eine Verschiebung der Kompetenzen herbeiführen würde, wenn man diesem Ersuchen nachkäme..."

Goldsegen auch für die Bayern-Partei

(sp) Unter Umständen kann die Bayern-Partei im Bundestag das Zünglein an der Waage sein. Dies allein und wohl auch der Widerstand des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard, Vorsitzender der CSU, mit der BP ein Wahlbündnis auf Landesebene einzugehen, gibt dem Bundeskanzler willkommene Gelegenheit für stärkere Einflussnahme auf die bayerische Landespolitik. Ehard zeigte bisher keine Neigung, seine Koalition mit der SPD zu lösen oder sich auf "antimarxistische" Experimente einzulassen, die, wie die Vergangenheit lehrt, gewöhnlich in einer unheilvollen Verschärfung der innerpolitischen Gegensätze enden. Allen Druckversuchen von Bonn aus blieb bis heute in München der Erfolg versagt.

Das ist sehr peinlich für den Bundeskanzler. Und er macht seinem Unmut Luft, indem er bemüht ist, nun die Bayern-Partei sozusagen offiziell zu stärken - einmal als ständige Bedrohung für die CSU und auch im Hinblick auf eine ihm völlig ergebene Hilfstruppe im nächsten Bundestag. So kann es nicht überraschen, wenn, wie die gewiss unverdächtige Passauer "Neue Presse" kürzlich schrieb, die seit zwei Jahren wirksame Finanzblockade gegen die Bayern-Partei seit einiger Zeit in erheblichem Umfang gelockert wurde. Ganz offen werde in Bayern davon gesprochen, dass es Adenauer gewesen ist, der finanzielle Zuwendungen an die BP aus Bonner Wirtschaftskreisen empfohlen habe.

Offensichtlicher kann die Abhängigkeit der Parteien rechts von der Sozialdemokratie vom Grosskapital kaum demonstriert werden als dieses Blockadebeispiel. In den ersten Jahren des Bundestages zeigte die Bayern-Partei Ansätze von Unabhängigkeit des Urteils und von Opposition zur Kanzlerpolitik. Unter der Klageschrift der Opposition, die die Verfassungsmässigkeit der EVG-Verträge bezweifelte, stehen auch die Namen von Abgeordneten der Bayern-Partei. Die BP hatte das mit dem Entzug von finanziellen Zuwendungen zu büssen. In der letzten Zeit wurde sie jedoch lammfromm, sie tanzte wie der Kanzler piff und siehe da, die Belohnung bleibt nicht aus. Womit wieder einmal der Beweis erbracht wird, dass sich der Kanzler weniger als Kämpfer für das "Christliche Abendland" betrachtet, als vielmehr als Anwalt des deutschen Grosskapitals, das denn auch seine Verdienste durch Wahlfondspenden von Millionen D-Mark wohl zu honorieren weiss.

---

Verantwortlich: Peter Raunau